

SWR2 Wissen Aula

## **Meinungsfreiheit - Wo sind die Grenzen des Sagbaren?**

Von Thilo Baum

Sendung: Sonntag, 29. März 2020, 8:30 Uhr

Redaktion: Ralf Caspary

Produktion: SWR 2020

**Wie ist es um die Debattenkultur in Deutschland bestellt? Wo liegen die Grenzen des Sagbaren?**

SWR2 Wissen Aula können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter [www.SWR2.de](http://www.SWR2.de) und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören

---

### **Bitte beachten Sie:**

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

---

### **Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?**

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder [swr2.de](http://swr2.de)

### **Die SWR2 App für Android und iOS**

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...  
Kostenlos herunterladen: [www.swr2.de/app](http://www.swr2.de/app)

## **Manuskript**

### **Anmoderation:**

Mit dem Thema:

Meinungsfreiheit - Wo sind die Grenzen des Sagbaren, wer bestimmt, was sagbar ist, was nicht?

Am Mikrofon Ralf Caspary.

Nachdem vor einigen Monaten Studenten und Studentinnen in Hamburg Auftritte und geplante Vorlesungen von AFD-Gründer Bernd Lucke verhindert haben und nachdem der Deutsche Hochschulverband und einige Uni-Rektoren daraufhin die Debattenkultur in Deutschland in Gefahr gesehen haben, gibt es Fragen: Darf man in Deutschland seine Meinung frei äußern oder bestimmt eine selbsternannte Gesinnungspolizei, was sagbar ist, was nicht? Wer legt diese Grenzen eigentlich fest, der Rechtsstaat oder bestimmte politische Gruppierungen?

Antworten gibt Thilo Baum, Kommunikationsexperte, Coach- und Sachbuchautor:

### **Thilo Baum:**

Bei all dem geht es um Macht. Das Ziel ist, einen Sieg zu erringen gegen Menschen, die die Realität anders deuten als man selbst. Es geht am Ende auch um die politische Vorherrschaft.

Das ist an sich nicht schlimm. Denn wir leben in einer freiheitlichen Demokratie, es geht also um Mehrheiten. Das wichtigste Mittel in diesem Kampf um die Meinungshoheit ist es, durch politische Arbeit Mehrheiten zu gewinnen, und das gelingt durch Argumentationen. Dazu gehören alle Fakten auf den Tisch – auch Fakten, die man sich lieber wegwünschen würde. Also sogenannte unangenehme Wahrheiten.

Vielleicht sehen Sie schon an dem Begriff „unangenehme Wahrheiten“: Manchmal steht die Bewertung vor der Betrachtung. Gedanklich sauber wäre es, etwas erst zu betrachten – also zum Beispiel einen Fakt zu erkennen und daraus eine sachliche Information zu formulieren, und ihn erst dann zu bewerten.

Also erst wenn wir einen Fakt kennen und festhalten, beispielsweise dass es morgen mit hoher Wahrscheinlichkeit regnen wird, leiten wir die Bedeutung daraus ab – dass wir einen Regenschirm mitnehmen. Eine Wahrheit ist also erst einmal eine Wahrheit und erst dann, im zweiten Schritt, ist diese Wahrheit angenehm oder unangenehm.

Fakten von ihrer Bedeutung zu unterscheiden, ist eine der wichtigsten kognitiven Kompetenzen. Diese Fähigkeit kommt uns augenscheinlich immer mehr abhanden. Statt von Fakten auszugehen, scheinen immer mehr Menschen von dem auszugehen, was sie gerne hätten – sie legen ihre Gesinnung zugrunde. Und daran messen sie, ob sie Fakten aussprechen oder nicht.

Oder ob sie sie vielleicht sogar leugnen, bis es nicht mehr geht. Um sie dann zu relativieren, bis es nicht mehr geht. Um sie dann kleinzureden, bis auch das nicht mehr geht.

Ein Foulspiel in der politischen Willensbildung ist es, fremde Meinungen zu unterdrücken. Die in Artikel 5 des Grundgesetzes festgeschriebene Meinungsfreiheit ist einer der höchsten Werte, die wir haben. Geht es um die Abwägung mit anderen Grundrechten, überwiegt bei vielen Gerichtsentscheidungen die Freiheit der Meinungsäußerung. Für die Rechtsprechung scheint Voltaires Zitat zu gelten: „Ich teile Ihre Meinung nicht, aber ich würde mein Leben dafür einsetzen, dass Sie sie äußern dürfen.“

Das bedeutet:

Eine Meinung ist im freiheitlichen Rechtsstaat nicht nur dann zu tolerieren, wenn sie auch unserer Meinung entspricht. Sondern ganz explizit sind Meinungen auch dann zu tolerieren, wenn sie uns nicht passen. Was jemand sagen darf und was nicht, regeln die Gesetze – und natürlich gibt es unzulässige Meinungsäußerungen. Schon eine simple Beleidigung ist nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt, ebenso die üble Nachrede nicht. Selbst manche falsche Tatsachenbehauptung ist strafbar, das bekannteste Beispiel dafür ist sicher die Holocaustleugnung. Auschwitz zu leugnen, ist nicht nur eine nicht hinzunehmende Meinungsäußerung, und es ist auch nicht nur eine falsche historische Einordnung. Sondern es ist eine Lüge, deren Verbreitung die Geschichte an einem hoch sensiblen Punkt massiv verfälschen würde.

Wenn aber jemand sagt, die Erde sei eine Scheibe, dann ermittelt kein Staatsanwalt. Und das ist eben der Unterschied: Harmloser Unsinn ist von Artikel 5 gedeckt, auch wenn er eben Unsinn ist. Aber gefährliche Äußerungen will der Staat unterbinden, weil das Denken nicht nur das Sprechen bestimmt, sondern auch das Handeln.

Dass es einen Meinungskorridor gibt, ist also zunächst einmal richtig und normal. Erst einmal definieren das Grundgesetz und einige andere Gesetze diesen Korridor. Diese Gesetze wiederum basieren auf der Wertebasis des aufgeklärten Europas. Also legen wir die Freiheit jedes Menschen zugrunde, sich zu entwickeln. Menschen haben das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Vor dem Gesetz sind Menschen gleich. Sie dürfen glauben, woran sie wollen, und sie haben auch das Recht, nicht zu glauben. Auch Meinungs-, Wissenschafts- und Versammlungsfreiheit gehören zu dieser Wertebasis. In Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es dann noch, dass sich das deutsche Volk zu diesen Menschenrechten bekennt, und zwar als Grundlage für jede menschliche Gemeinschaft.

Die Frage ist:

Wird dieser Meinungskorridor enger, wie es viele behaupten? Verengt er sich, indem eine tonangebende Gruppe von Meinungsführern Menschen mit anderen Meinungen diskreditiert?

Dass es einen Meinungskorridor gibt, der enger ist als die rechtlichen Vorgaben, hören und lesen wir immer häufiger. In seiner Resolution des 69. DHV-Tages 2019 erklärt der Deutsche Hochschulverband, die Toleranz gegenüber anderen Meinungen sinke.

Die Akteure der „Political Correctness“ würden die Definitionshoheit darüber beanspruchen, was eine Grenzüberschreitung sei.<sup>1</sup> Wenn dem so ist, wäre das ziemlich bedenklich. Denn was eine Grenzüberschreitung ist, entscheiden keine selbst ernannten Äußerungskontrolleure und auch keine NGOs, sondern das entscheidet ausschließlich der Rechtsstaat. Und auch nur der Rechtsstaat sanktioniert jemanden wegen einer Grenzüberschreitung, niemand sonst. So sollte es jedenfalls sein. Gibt es aber tatsächlich Gruppen, die qua ihrer realen Macht in Politik, Publizistik und Hochschule andere für deren Meinungen öffentlich diskreditieren, dann wäre das Wort „Gesinnungsdiktatur“ so abwegig möglicherweise nicht.

Als Frank-Walter Steinmeier noch Außenminister war, sagte er bei einer Rede im Jahr 2014, Zitat: „Wenn ich morgens manchmal durch den Pressespiegel meines Hauses blättere habe ich das Gefühl, der Meinungskorridor war schon mal breiter.“<sup>2</sup> Das heißt: Auch Steinmeier sieht einen Meinungskorridor.

Bei der Jahresversammlung der Hochschulrektoren in Hamburg hat der Bundespräsident gesagt: „Wer versucht, Verständnis aufzubringen für die angeblich gefühlte Freiheitsbeschränkung, die doch in Wahrheit nur eine massiv eingeredete ist, besorgt schon das Geschäft der Feinde der Demokratie.“ Steinmeier sagte aber noch etwas anderes. Er sagte: „Aber andere zum Schweigen bringen zu wollen, nur weil sie das eigene Weltbild irritieren, ist nicht akzeptabel.“ Es scheint also, als bestätige Steinmeier die Existenz eines Meinungskorridors und setze sich dagegen ein, dass sich manche Menschen zu Richtern über richtige und falsche Meinungen aufspielen. Zugleich aber besorgen seinen Worten zufolge diejenigen, die auf eine Einschränkung der Meinungsfreiheit hinweisen, „das Geschäft der Feinde der Demokratie“, wie es Steinmeier ausdrückte. Der „FAZ“ sagte er, es sei ein „ausgeleiertes Klischee aus der reaktionären Mottenkiste“, dass man seine Meinung nicht sagen dürfe.

Mir erschien das widersprüchlich. Gibt es nun diesen Meinungskorridor oder nicht? Darauf angesprochen<sup>3</sup>, erhielt ich vom Bundespräsidialamt eine Antwort. Darin heißt es, Zitat:

„Der Bundespräsident legt in der Rede unter anderem in vier ausführlichen Punkten dar, warum die Meinungsfreiheit in Deutschland nicht eingeschränkt ist – weder staatlich noch auf anderer Ebene. Die Behauptung, sie sei es, bewertet er als eine Ausflucht vor dem Streit in der Sache und als ein seit Jahrzehnten bekanntes rhetorisches Mittel, das vor allem genutzt wird, um im Sinne eines zivilen und respektvollen Umgangs und damit aus berechtigten Gründen überwundene Positionen, z.B. gegenüber Minderheiten, dennoch stark zu machen – letzteres zu Ihrer Frage, was unter den Begriff ‚reaktionär‘ fällt.“

---

<sup>1</sup> [https://www.hochschulverband.de/uploads/media/Resolution\\_Verteidigung\\_der\\_Debattenkultur-final.pdf](https://www.hochschulverband.de/uploads/media/Resolution_Verteidigung_der_Debattenkultur-final.pdf)

<sup>2</sup> <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/141115-rede-bm-anlaesslich-verleihung-lead-awards/266898>

<sup>3</sup> Anlage 1.

Die stellvertretende Sprecherin schreibt weiter, Zitat:

„Gleichzeitig fordert der Bundespräsident, dass in alle Richtungen, eine andere Streit- und Debattenkultur. Hier sieht er das eigentliche Problem, übereinstimmend mit seiner von Ihnen zitierten Aussage zum ‚Meinungskorridor‘. Die Streitkultur leidet, weil Widerspruch nicht ausgehalten wird, weil hemmungslos verbal verletzt und diskriminiert wird und weil zivilisatorische Grenzen als Zensur diffamiert werden.“<sup>4</sup>  
Zitat Ende.

Für mich – und das ist nun eine Meinungsäußerung – steht die Ambivalenz in Steinmeiers Worten für die gleiche Polarisierung, unter der unsere Gesellschaft leidet. Viel ist die Rede von einer Spaltung. Die Differenz zwischen dem rechtlich Zulässigen einerseits und dem tatsächlich Sagbaren andererseits besteht für Steinmeier in den, Zitat: „zivilisatorischen Grenzen“. Diese Grenzen anzuwenden, sei keine Zensur.

Die Frage ist nun:

Verengen sich diese zivilisatorischen Grenzen derzeit, wenn der Meinungskorridor schon einmal breiter war, wie Steinmeier ebenfalls sagt?

Fragen wir die Menschen selbst – das hat jedenfalls das Institut für Demoskopie in Allensbach getan. Danach sieht eine Mehrheit der Bürger die Meinungsfreiheit auf dem Rückzug. Fast zwei Drittel sagten in dieser Studie für die FAZ, man müsse im öffentlichen Raum sehr aufpassen, was man sagt.<sup>5</sup> 71 Prozent finden, zum Thema „Flüchtlinge“ könne man sich nur mit Vorsicht äußern. 63 Prozent sagen, es gebe viele ungeschriebene Gesetze darüber, welche Meinungen akzeptabel seien und welche tabu. 41 Prozent sagen, die politische Korrektheit werde übertrieben. Auch das Framing steht in der Kritik: Dass wir statt von Ausländern von Menschen mit Migrationshintergrund sprechen sollen, finden zwei Drittel der Menschen übertrieben.

Zwei Drittel – das ist die deutliche Mehrheit. Das sind mehr Leute als die, die die AfD wählen oder zu Pegida gehen. Wir haben es hier mit einer Mehrheit zu tun, die sich in irgendeiner Weise von den Sprachvorgaben einer Minderheit unterdrückt zu fühlen scheint.

Spannend ist das vor dem Hintergrund, dass die politische Korrektheit von ihrer Idee her den Sinn hatte, Minderheiten zu schützen. Entstanden an den amerikanischen Unis, ging es um den Kampf für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung. Im Zentrum des Bestrebens stand die Sprache. Die politische Korrektheit hat zahlreiche Sprachregeln hervorgebracht und Dinge damit umgedeutet, also Reframing betrieben: Wir sprechen nicht mehr von Studentinnen und Studenten, sondern von Studierenden – inwieweit das lexikalisch falsch ist, weil ein Student vielleicht nicht jetzt im Augenblick gerade über einem Buch brütet, sei dahingestellt. Die Straßenverkehrsordnung hat in zahlreichen Texten den Fußgänger abgeschafft. Dort heißt es jetzt: „Wer zu Fuß geht, muss die Gehwege benutzen.“

---

<sup>4</sup> Anlage 2.

<sup>5</sup> [https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-ueber-meinungsfreiheit-und-kritische-themen-16200724.html?\\_ga=2.1316408.845748399.1558537409-891845934.1558537406](https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-ueber-meinungsfreiheit-und-kritische-themen-16200724.html?_ga=2.1316408.845748399.1558537409-891845934.1558537406)

Dieses Umdeuten ist ein langer Prozess, der nicht nur Wörter erlaubt und verbietet, sondern auch Themen und Haltungen. Die „FAZ“ schreibt über die Allensbach-Studie: „Vor gut zwei Jahrzehnten empfanden nur 16 Prozent Patriotismus als heikles Thema, vor anderthalb Jahrzehnten 26 Prozent, aktuell 41 Prozent.“ Das bedeutet: Wer sich als Patriot bezeichnet, begibt sich möglicherweise schon auf Glatteis. Ganze Begriffsumfelder geraten in Verruf, aber ohne, dass das jemals irgendein Parlament demokratisch entschieden hätte.

Wobei eines natürlich klar sein muss: Es gibt tatsächlich Wörter, die nicht gehen. Matthias Heine, Feuilletonist bei der „Welt“, hat eine ganze Reihe fragwürdiger Wörter bezüglich ihrer Nazivergangenheit analysiert. Sein Buch heißt „Verbrannte Wörter“ und ist im Duden-Verlag erschienen. Untertitel: „Wo wir noch reden wie die Nazis – und wo nicht“.

Wenn Alexander Gauland von der AfD die Nazizeit als einen „Vogelschiss in der Geschichte“ bezeichnet, dann stimmt der Bezug nur rein zeitlich, also durch einen stupid verengten Blick. Zwölf Jahre von tausend sind wenig, simple Gemüter könnten so denken. Nur übersehen sie dabei: Die Bedeutung dessen, was die Nationalsozialisten angerichtet haben, auf einen reinen Zeitbezug zu reduzieren, ist eben eine völlig falsche Einordnung – und das macht den „Vogelschiss“ zum Skandal. Der Spruch ist eine Nebelkerze, ein Reframing, das die Verbrechen der Nazis auf die Kürze der Epoche reduzieren will, die den Nazis in der Historie tatsächlich zur Verfügung stand von 1933 bis 1945. Eine treffendere Einordnung wäre es zu betonen, wie enorm die Zerstörungskraft der Nationalsozialisten angesichts dieser kurzen Zeitspanne war.

Und bei vielen Wörtern gibt es den Nazi-Kontext eben doch noch, Matthias Heine zeigt das auf sehr kluge Weise. Den Begriff „Gleichschaltung“ beispielsweise benutzten die Nationalsozialisten sehr offen – sie waren gegen Pluralismus, um das mal simpel zu sagen. Wenn jemand heute den Begriff Gleichschaltung verwendet, indem er etwa sagt, der hier diskutierte Meinungskorridor beruhe auf einer Gleichschaltung, dann ist das ein ähnlicher Effekt wie beim „Vogelschiss“ – eine Verharmlosung dessen, was die Vereinheitlichung des Lebens und das Auf-Linie-Bringen der Menschen tatsächlich bedeutet hat. Folgerichtig schreibt Matthias Heine: „Wer heute in einer pluralistischen Gesellschaft und angesichts der ungeheuren Medienvielfalt von Gleichschaltung spricht, verharmlost die Vorgänge im NS-Staat.“

Andererseits, und das macht das Buch wirklich interessant, lässt Matthias Heine auch manche Wörter durchgehen, die die politisch korrekte Fraktion angreifen würde: Das Wort „Mädel“ dürfe man unbefangen benutzen, weil die Verbindung mit dem „Bund Deutscher Mädel“ im Denken der Menschen nicht mehr bestehe. Sogar über eine Überfremdung Mallorcas durch Touristen.

Bei den Bewertungen im Buch „Verbrannte Wörter“ ist keine Sprachpolizei aktiv, die Zensur ausübt. Der Zugang ist ein anderer: Matthias Heine sensibilisiert seine Leser für die historischen Zusammenhänge und hilft bei der Einordnung. Die Bedeutung von Wörtern beschränkt sich eben nicht nur auf ihre Grundbedeutung, sondern beinhaltet auch Kontext. Das Wort „Kulturschaffende“, das vom „Dritten Reich“ in die DDR hinübergewandert ist, lässt sich laut Matthias Heine wohl nicht mehr aus der Welt schaffen – aber es schleppt seine Naziherkunft eben mit sich herum.

Es ist also in vielen Fällen zu einfach, von einer Sprachpolizei zu sprechen, nur weil man keine Lust hat, sich mit dem historischen Kontext von Begriffen auseinanderzusetzen. Man kann nicht das Wort „Endlösung“ verwenden und sich darauf zurückziehen damit lediglich im Wort Sinne eine dauerhafte Lösung für irgendetwas zu meinen. Mit dem Wort wird immer die Shoah mitklingen und damit auch präsent sein.

Fragwürdig ist die politische Korrektheit möglicherweise dann, wenn sie Menschen moralisch verurteilt oder gar diffamiert, nur weil sie sich nicht politisch korrekt verhalten – obwohl es zu politisch korrektem Verhalten keinerlei demokratisch legitimierte Pflicht gibt. Wer beispielsweise das Gender-Sternchen nicht benutzt, gilt für manche Kreise als „antifeministisch“ und darf öffentlich auch so benannt werden. Mit dem Vorwurf des Antifeminismus listete die grünennahe Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2017 auf der Domain agentin.org Menschen wie Birgit Kelle, Roger Köppel und Matthias Matussek auf.<sup>6</sup> Infolge der massiven Kritik wurde der Heinrich-Böll-Stiftung klar, dass sie hier eine rote Linie überschritten hatte, und sie stellte das Projekt ein. In einer Stellungnahme heißt es: „Wir bedauern sehr, dass durch die gewählte Form manche an antidemokratische Methoden erinnert werden.“<sup>7</sup>

Auch Tagesspiegel-Redakteur Harald Martenstein war bei agentin.org aufgelistet. Im Zeit-Magazin 47/2019 thematisiert er die so genannten Mikroaggressionen – einen Topos der politisch korrekten Szene. Mikroaggressionen seien, so schreibt Martenstein, Zitat: „Kleinste Kränkungen marginalisierter Gruppen“, Zitat Ende. Mikroaggressionen seien oft nett gemeint. Martenstein verweist auf einen Forbes-Beitrag, in dem eine indisch stämmige Frau es beklagt, wenn Leute auf die Information ihrer Herkunft mit dem Verweis aufs leckere indische Essen reagieren – schlimmes Klischee. Dann schreibt Martenstein, dass er in den USA als Reaktion auf seine Herkunft ebenfalls Mikroaggressionen hört – „German beer, wunderbar“ – und offenbar stört ihn diese Mikroaggression gar nicht.

Dass auch die politisch korrekte Seite Grenzen überschreitet, zeigt die Handreichung der Amadeu-Antonio-Stiftung für Kitas „Ene mene muh – und raus bist du“, in der die Stiftung Merkmale auflistete, woran möglicherweise ein völkisches Elternhaus zu erkennen sei.<sup>8</sup>

Der umstrittene Passus in einem Fallbeispiel lautet, Zitat: „Das Mädchen trägt Kleider und Zöpfe, es wird zu Hause zu Haus- und Handarbeiten angeleitet, der Junge wird stark körperlich gefordert und gedrillt. Beide kommen häufig am Morgen in die Einrichtung, nachdem sie bereits einen 1,5-km-Lauf absolviert haben.“ Zitat Ende.

---

<sup>6</sup> Anlagen 3, 4, 5 und 6.

<sup>7</sup> <https://www.boell.de/de/2017/08/07/stellungnahme-des-vorstands-der-heinrich-boell-stiftung-zum-online-lexikon-agentin>

und <https://www.nzz.ch/feuilleton/online-pranger-abgestellt-die-verlorene-ehre-der-boell-stiftung-ld.1310689>

<sup>8</sup> [https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/12/kita\\_internet\\_2018.pdf](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/12/kita_internet_2018.pdf)

Der sächsische CDU-Kultusminister Christian Piwarz warnte vor dieser Broschüre, weil er keine politische Gesinnungsschnüffelei zulassen wolle.<sup>9</sup> Es könne nicht sein, dass Erzieherinnen die politische Gesinnung von Eltern überprüfen und korrigieren sollen. Auch der Jugendstadtrat des Berliner Bezirks Neukölln Falko Liecke, ebenfalls CDU, riet von der Broschüre ab und handelte sich damit einen Rechtsstreit mit der Amadeu-Antonio-Stiftung ein, der inzwischen im Sinne des Stadtrats entschieden ist – er darf weiter vor der Broschüre warnen und tut das im Internet auch nach wie vor.<sup>10</sup> Bei manchen Eltern genauer hinzuschauen, darf laut dem Berliner Verwaltungsgericht „Bespitzelung“ genannt werden.<sup>11</sup> Ein Urteil also im Sinne der Meinungsfreiheit.

Der Konflikt, der hier zutage tritt, bezieht sich auf eine einfache Frage: Steht die Moral über dem Recht?

Dazu ist das Interview des Staatsrechtlers und früheren Verteidigungsministers Rupert Scholz in der „Welt“ interessant. Kurz nachdem die Sprachwissenschaftler um die Darmstädter Professorin Nina Janich das Wort „Klimahysterie“ zum Unwort 2019 auserkoren hatten, nannte Scholz die Klimadebatte im Interview genauso: „hysterisch“. Und er sagt: „Moral ist aber wie Humanität keine eigene Rechtsquelle.“ Er sagt: „In einem Staat, in dem eine Gesellschaft zusammenlebt, können nur das Gesetz und die Verfassung die maßgebende Linie sein. Keine so genannte Moral darf sich darüber hinwegsetzen. Andernfalls ist der Rechtsstaat am Ende.“

Werfen wir einen Blick ins aktuelle Buch des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Hans-Jürgen Papier. Es heißt: „Die Warnung. Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“ und ist im Heyne-Verlag erschienen. Gleich zu Beginn erklärt Papier, wozu es überhaupt einen Rechtsstaat gibt in einer Demokratie. Es ist einfach: In der Demokratie entscheidet die Mehrheit, wo es lang geht. Ohne Rechtsstaat könnte die Mehrheit die Minderheit unterdrücken. Darum schützt der Rechtsstaat die Minderheit vor der Mehrheit. So jedenfalls aufs Einfachste zusammengefasst der wesentliche Effekt.

Und damit die Mehrheit kein Unterdrückungssystem etablieren kann, gibt es die unveränderlichen Grundrechte – sie lassen sich selbst durch eine Mehrheit nicht ändern. „Keine Demokratie ohne Grundrechte“, schreibt Papier. Und eines dieser Grundrechte ist eben die Meinungsfreiheit.

---

<sup>9</sup> <https://www.bild.de/regional/dresden/dresden-aktuell/umstrittene-kahane-broschuere-minister-warnt-vor-schnueffel-fibel-58777166.bild.html>

<sup>10</sup> <https://www.cicero.de/innenpolitik/amadeu-antonio-stiftung-falko-liecke-bezirksamt-neukoelln-ratgeber-ene-mene-muh-verwaltungsgericht/plus>

**und** <https://www.berlin.de/ba-neukoelln/aktuelles/pressemitteilungen/2018/pressemitteilung.763299.php>

<sup>11</sup> [https://www.morgenpost.de/bezirke/neukoelln/article216968395/Antonio-Stiftung-scheitert-mit-Klage-gegen-](https://www.morgenpost.de/bezirke/neukoelln/article216968395/Antonio-Stiftung-scheitert-mit-Klage-gegen-Stadtrat.html?utm_source=Twitter&utm_medium=Social&utm_campaign=share&__pwh=De5n2iwq4RJNT3LNfMlbZA%3D%3D)

[Stadtrat.html?utm\\_source=Twitter&utm\\_medium=Social&utm\\_campaign=share&\\_\\_pwh=De5n2iwq4RJNT3LNfMlbZA%3D%3D](https://www.morgenpost.de/bezirke/neukoelln/article216968395/Antonio-Stiftung-scheitert-mit-Klage-gegen-Stadtrat.html?utm_source=Twitter&utm_medium=Social&utm_campaign=share&__pwh=De5n2iwq4RJNT3LNfMlbZA%3D%3D)



Sollte sich also die politische Korrektheit von einem Minderheitenschutzprogramm in ein Unterdrückungsprogramm verwandeln, sobald beispielsweise eine Stiftung die Kritik an einer Veröffentlichung verbieten lassen will, dann steht der Rechtsstaat den Unterdrückten zur Seite. Die Meinungsäußerung ist und bleibt frei. Das gilt auch dann noch, wenn die politisch korrekte Fraktion die Mehrheit hat.

Das Spannende ist, welche Rolle Narrative bei all dem spielen. Wie jemand denkt, hängt vom Weltbild ab, auf neudeutsch: vom Mindset. Ein Weltbild besteht meist aus Glaubenssätzen. Wie die Studie aus Allensbach zeigt, haben viele Menschen Angst, gängigen Glaubenssätzen zu widersprechen. Aus solchen Glaubenssätzen wiederum entwickeln sich Narrative, also quasi Mini-Mythen, die als Grundlage des Denkens fungieren.

Ein solches Narrativ ist beispielsweise der Satz: „Alle Menschen sind gleich.“ Im Grundgesetz sind sie vor dem Gesetz gleich, aber aus Sicht mancher politisch korrekt Denkender sind sie in jeder Hinsicht gleich. Obwohl Menschen nicht gleich sind, sondern verschieden. Auf dieser Basis lehnen manche Leute dann sämtliche sozialistischen und kulturellen Unterschiede zwischen Menschen ab und verurteilen alle, die auf Unterschiede zwischen Menschen hinweisen.

Ein Narrativ kann noch so falsch sein – es wirkt als stabile Basis fürs Mindset. Deswegen ist das Thema „Weltbilder“ so wichtig. Es ist völlig egal, ob jemand von etwas Gutem oder Bösem überzeugt ist, von etwas Richtigem oder Falschem – er oder sie wird sich im Handeln danach richten.

Gewiss ist auch noch die Affäre um den Autor Uwe Tellkamp in Erinnerung, der von einem „Gesinnungskorridor“ sprach. Tellkamp hatte bei einer Podiumsdiskussion mit dem Autor Durs Grünbein gesagt, mehr als 95 Prozent der Flüchtlinge flöhen nicht vor Verfolgung, sondern aus ökonomischen Gründen. Das erzeugte enormen Gegenwind, aber keine Debatte über die Motivation von Migration. Der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen sagte dazu dem „Spiegel“, Zitat: „Jemand sagt etwas, aber dann beginnt kein Gespräch, kein suchendes, um Nuancen bemühtes Verstehen. Dann beginnt die Sofort-Etikettierung der anderen Position, die Empörung über die Empörung der jeweils anderen Seite.“<sup>12</sup>

Empörung heißt Missfallen und ist somit eine Bewertung von etwas. Die Diskussion über die Aussage selbst sollte für meine Begriffe davor stattfinden. Die Bewertung folgt danach. Also nehmen wir Tellkamps These, Migration sei vor allem durch den Sozialstaat motiviert. Stimmt es? Stimmt es nicht? Welche Zahlen und Erkenntnisse gibt es? All das ist offenbar egal. Wichtig ist zuallererst: Die These widerspricht dem Narrativ der politischen Korrektheit, sämtliche Migranten seien Schutzsuchende. Auf dieser Basis startet die Debatte. Als Gegenargument kommen keine Umfragezahlen, die Tellkamp widerlegen, sondern es folgt ein Angriff ad hominem.

In jedem Fall, so finde ich, hat der Bundespräsident Recht, wenn er sagt, Zitat: „Was wir wieder neu brauchen, ist Streitkultur. Streitkultur billigt anderen zunächst lautere Absichten zu; Streitkultur erspart anderen keinen Widerspruch, aber sich selber auch keine Selbstkritik. Streitkultur fasst nicht mit Samthandschuhen an, aber lässt auch nicht die verbale eiserne Faust sprechen.“ Zitat Ende.

---

<sup>12</sup> <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-156334620.html>

Ich empfinde es als intolerant, Menschen für Äußerungen zu verurteilen, ohne dass allem eine sachliche Diskussion vorausgegangen wäre. Aber bei erschreckend vielen Menschen lösen bestimmte Trigger sofort Bewertungen aus. Und das hat nichts mit einem Rechtsrahmen zu tun oder mit dem, was im Sinne der „Verbrannten Wörter“ aus der Nazizeit sagbar ist.

Sondern es hat damit zu tun, ob eine Meinung opportun ist – im Sinne des Zeitgeistes, zu dem beispielsweise die Amadeu-Antonio-Stiftung beiträgt.

Vielleicht haben Sie von dem Versuch der AfD-Politikerin Beatrix von Storch gehört, an der Veranstaltung „Klimawandel und Gender“ der „Public Climate School“ an der Freien Universität Berlin teilzunehmen.<sup>13</sup> Bei Twitter schrieb von Storch: „Ich versuche mir ein Bild zu machen. Womit beschäftigen sich die öffentlichen Lehranstalten? Sind die Universitäten und die Wissenschaft noch frei?“ Und: „Mich interessiert brennend, was Klimawandel mit Geschlechterverhältnissen zu tun hat und ob Frauen und Männer unterschiedlich von den Folgen betroffen sind.“

Die Reaktion war drastisch: Die Veranstaltung fiel genau wegen von Storchs Ankündigung aus. Fridays For Future FU Berlin twitterte: „Die Positionen von Beatrix von Storch widersprechen fundamental unserem Selbstverständnis. Wo ihr und ihren Positionen Raum gegeben wird, distanzieren wir uns. Deshalb ist die Veranstaltung Klimawandel & Gender nicht mehr Teil unserer PublicClimateSchool.“<sup>14</sup> Dabei hatte von Storch zu dem Thema noch gar nichts gesagt – die Veranstaltung stand ja noch bevor.

Ich finde das schade und langweilig. Eine Kontroverse wäre doch gerade hier spannend! Ich fände eine Diskussion zwischen FFF und AfD höchst interessant. Bisher spricht man ja eher über- als miteinander, und wenn ich die Reaktion der FU-Studenten richtig deute, dann wollen sie offenbar, dass das so bleibt. Nur warum?

Ich würde mich insgesamt freuen, wenn die Debatte wieder mehr zur Sache zurückkehren würde. Natürlich sagen manche Vertreter des rechten Randes Unsägliches – wie Gaulands „Vogelschiss“ oder auch Björn Höckes „Denkmal der Schande“ über das Holocaust-Mahnmal in Berlin. Natürlich muss man dem widersprechen. Das geht ja auch. So, wie man Stigmatisierungen durch Stiftungen widersprechen kann, kann man auch AfD-Politikern widersprechen.

Aber soll man diese Leute von der Debatte ausschließen, wie es jetzt ZDF-Intendant Peter Frey in Sachen Björn Höcke angekündigt hat?<sup>15</sup> Ich würde das nicht tun. Ich würde an das Bild vom mündigen Bürger erinnern und den Menschen zutrauen, dass sie Unfug als Unfug erkennen.

---

<sup>13</sup> <https://www.tagesspiegel.de/berlin/veranstaltung-zu-klimawandel-und-gender-besuch-von-beatrix-von-storch-geplatzt/25275992.html>

<sup>14</sup> Anlage 7.

<sup>15</sup> <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/zdf-chefredakteur-frey-schliesst-hoecke-als-talkshowgast-aus-16540347.html>

Darum noch einmal zur Allensbach-Umfrage: 76 Prozent der Befragten finden Gaulands „Vogelschiss“-Bemerkung völlig inakzeptabel. Auch wenn sie keine juristischen Folgen für Gauland hatte – die Staatsanwaltschaft Meiningen sah die Äußerung im Kontext der Rede durch die Meinungsfreiheit gedeckt.<sup>16</sup>

Ich bin überzeugt:

Diese 76 Prozent brauchen kein betreutes Denken und keine mentale Bevormundung. Und zur Bevormundung gehört es den Menschen bestimmte Stimmen vorzuenthalten, zumal Artikel 5 des Grundgesetzes auch einen ungehinderten Zugang zu öffentlichen Quellen garantiert.

In der öffentlichen Debatte, auch an der Hochschule, würde ich den Menschen zuhören und dann in der Sache diskutieren. Das mag manchmal nerven, aber es ist wichtig. Viele Meinungen lassen sich erst bilden, wenn vorher alle Aspekte zu Wort gekommen sind. Und dazu gehören nun auch mal Meinungen Andersdenkender.

\* \* \* \* \*

---

<sup>16</sup> <https://www.tagesspiegel.de/politik/afd-vorsitzender-vogelschiss-aeusserung-hat-keine-juristischen-folgen-fuer-gauland/23627506.html>